

Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.

Eingetragen unter Nr. VR 745 im Vereinsregister Aue, Bundeskontaktstelle
Gesteinsabbau der Grünen Liga. (<http://www.grueneliga.de/gesteinsabbau> -
Gesteinsabbau im Internet)



Steinbeisser 1/2010

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

Redaktion: Ulrich Wieland, Lutherstraße 63, 07743 Jena, Tel. 0371-832 1272, e-mail: gesteinsabbau@grueneliga.de **Jena, 4.6.2010**

Spendenkonto-Nr.: 3850516325 Kreissparkasse Aue-Schwarzenberg BLZ: 870 560 00

Bei Wunsch nach Spendenquittung: vollständ. Adresse u. Vermerk: Spende Netzwerk, bis 100 € (!) zählt der Einzahlungsbeleg als Spendenquittung

Liebe Freunde und Mitglieder,



Gleich zwei gute
Meldungen gibt es
diesmal zu
veröffentlichen: Sowohl
in Cavertitz /
Liebschützberg als auch
in Carwitz und
Thomsdorf haben sich
die Bürgerinteressen
gegen die Pläne von
Steinbruchunter-
nehmern durchgesetzt.
Wieder einmal darf es

heißen: Der Berg bleibt.

Wir freuen uns außerordentlich mit den
Betroffenen in Mecklenburg und Nordsachsen
und finden es auch für die anderen, noch
kämpfenden Initiativen ermutigend, dass es durch
den konzentrierten Einsatz von Bürgern,
Behörden und Politik trotz aller Widrigkeiten der
Gesetzeslage noch Chancen gibt, bei den
Entscheidungssträgern Gehör zu finden.

Aber lassen wir uns nicht täuschen: Solange das
Bundesberggesetz und die Verfahrensregeln für
Regionalpläne keine gerechte, faire Abwägung
zwischen den Bürger-, Natur- und
Unternehmerinteressen ermöglichen, stehen
diese Siege auf wackeligen Füßen. Selbst in
Cavertitz könnte der Steinbruchunternehmer
schon bald wieder in den Startlöchern stehen, die
Gefahr ist nicht gebannt.

Daher freue ich mich besonders über die Aktivitä-
ten des Nachfolgers von Peter Hettlich (MdB
Bündnis 90/Grüne), Stephan Kühn, der gemein-
sam mit seiner Bundestagsfraktion eine Bergbau-
tour durch verschiedene Brennpunkte initiierte.
Sprechen sie auch mit ihren Bundestagsabgeord-
neten, damit die Wurzel des Übels, die einseitige
Gesetzeslage, geändert wird.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Ulrich Wieland

Inhalt:

1. Abgesackt und überrascht - Seese West S.2
2. Eine Bürgerinitiative setzt sich durch -
Rückblick in Thomsdorf S.2
3. Liebschützberg vorerst gerettet S.3
4. San Salvador: Goldrausch auf 144 Quadrat-
kilometern S.5
5. Kein Uranabbau im Alentejo - Portugals
radioaktives Erbe S.6
6. Bayer & Co. rüsten auf - Chemiekonzern auf
Rohstoffsuche S.7
7. Neue Runde im Kampf gegen den Kiesabbau
bei Görlitz - Bürgerinitiative in Hagenwerder
gegründet S.8

Termine :

1. **Montag, den 14. Juni 2008, 19.00 Uhr**
Mitgliederversammlung des Netzwerkes in
Burgstädt, Gaststätte "Frongut", Chemnitzer
Straße 54

1. Abgesackt und überrascht

Im ehemaligen Tagebau Seese-West sind entlang der Kleptna 27 Hektar abgesackt.

Quelle Lausitzer Rundschau 06.07.2009

Saniert, aus der Bergaufsicht entlassen, verkauft - dennoch ist in ehemaligem Tagebauegebiet nahe Calau (Oberspreewald-Lausitz) eine 36 Fußballfelder große Kippenfläche Meter tief abgesackt. Ursachen und Folgen des Erdrutsches sind noch nicht geklärt.

Von Daniel Preikschat

Es war kalt an diesem Januar morgen. Grund für den eiskalten Schauer, der Eberhard Perschk über den Rücken lief, waren jedoch nicht die niedrigen Temperaturwerte. Der Lübbenauer stand auf einer sanierten Waldkippenfläche im ehemaligen Tagebau Seese-West - und er blickte auf einen über Nacht um fünf bis sechs Meter abgerutschten Flusslauf. Umliegende Waldflächen hatte es mit in die Tiefe gerissen. Insgesamt 27 Hektar. „Es sah verheerend aus: Eisschollen waren meterweit durch die Luft geflogen. Im Wasser schwammen Bäume.“ Eberhard Perschk fühlte sich unwohl auf seinem eigenen Grund und Boden und zog sich schnell wieder zurück.

Der Erdrutsch im sanierten Tagebau Seese-West datiert vom 30. Januar diesen Jahres. Sofort sperrte der Bergbausanierer LMBV (Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH) das Gebiet weiträumig ab. Mehrere Hundert Hektar Kippenboden wurden zur Gefahrenzone erklärt. Nur Waldbesitzer - neben Perschk weitere Privatleute - und anliegende Kommunen wurden informiert.

Erst im Braunkohlenaussschuss, einem Mitwirkungsgremium für Organisationen und Verbände im Braunkohlenrevier, wurde das Thema Ende Juni öffentlich. Klaus Freytag, Chef des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) nannte den großräumigen Geländebruch „einen Schuss vor den Bug“ für seine Behörde. Das LBGR hatte das Gebiet aus der Bergaufsicht entlassen. Freigegebene Flächen, so Freytag, sollten selbstverständlich auch sicher sein.

Auch bei der LMBV sorgte der Erdrutsch für Betroffenheit. Schließlich hatte der Bergbausanierer den Kippenboden zuvor saniert, dabei für die Kleptna ein neues Flussbett angelegt und im Rüteldruckverfahren verdichtet. Knapp zehn Kilometer schlängelt es sich durch die Seeser Bergbaufolgelandschaft.

Offensichtlich, erklärt LMBV-Sprecher Uwe Steinhuber, habe sich unter dem Fluss gerölliges Kippenmaterial verflüssigt. Obendrein habe nach längerem Frost das gefrorene Kleptna-Wasser auf den Boden gedrückt. Die näheren Umstände des Geländebruchs ermittelten Experten von LMBV und LBGR mithilfe externer Sachverständiger jedoch noch, so Steinhuber weiter. „Ziel ist, die betroffenen Flächen schnell wieder nutzbar und sicher zu machen.“

Eberhard Perschk und die anderen Waldbesitzer fragen sich derweil, wann sie ihre Flächen wieder betreten dürfen, ob sie zum Teil oder ganz gesperrt bleiben müssen, ob sie womöglich neue angeboten bekommen oder entschädigt werden. Von einem Fehler bei der Sanierung und Sicherung des Areals wollten die Waldbesitzer nicht sprechen, sagt der Lübbenauer. „Aber so geht's nicht.“ Immerhin rund 60 Prozent der Rückgabe-flächen im Lausitzer Revier werden bewaldet. Jahr für Jahr kommen rund 300 Hektar hinzu. Dennoch bestätigen leitende Mitarbeiter des brandenburgischen Landesbetriebs Forst in Peitz (Spree-Neiße), Doberlug-Kirchhain (Elbe-Elster) und Lübben (Oberspreewald-Lausitz) die Einzigartigkeit eines derartigen Erdrutsches in ehemaligem Tagebauegebiet.

Im Landkreis Spree-Neiße zum Beispiel habe es nur in Uferbereichen von Restlochseen Rutschungen gegeben, sagt Forstdirektor Siegfried Lüdecke. Aber nicht annähernd in dem Ausmaß wie in Seese-West. Lüdecke erklärt sich den Erdrutsch dort durch den Wiederanstieg des Grundwassers im ehemaligen Tagebau. Dadurch gerate Geröllmaterial in Fluss. Dies könne sich in Bodentiefen abspielen, die mit keiner Verdichtungstechnik zu erreichen sind.

Im Lausitzer Revier steigt das Grundwasser dort, wo es zuvor künstlich abgesenkt wurde, um an die Kohle zu gelangen - in den einzelnen ehemaligen Tagebauen. Aus Sicht Lüdeckes ist die Erdrutschgefahr aufgrund des gegenläufigen Effektes aber fast noch akuter. Denn in Nachbarschaft aktiver Tagebaue sinke der Grundwasserpegel.

Wenn dort früher Kohle unter Tage im Tiefbau abgebaut wurde, drohten Stollen einzubrechen, weil aus ihnen das Grundwasser abfließt und die hölzernen Träger nicht mehr konserviert.

Solche Einbrüche, sagt der Forstdirektor, habe es im Raum Drebkau (Spree-Neiße) am Rande des aktiven Tagebaus Welzow-Süd schon gegeben. Von Stollen-Einbrüchen bei Doberlug-Kirchhain und Döllingen (Elbe-Elster) berichtet auch Lüdeckes Kollegin Kerstin Burig. Fünf, sechs Meter tief sei Waldboden abgesackt. Das Ausmaß der Erdrutsche sei aber immer begrenzt gewesen.

Siegfried Lüdecke hat im Wald nahe Döbern (Spree-Neiße) vor 25 Jahren selbst einen Stolleneinbruch miterlebt - beim Blau-beerensammeln. „Auf einmal ging es zwei Meter abwärts. Mir ist nichts passiert. Aber der Appetit auf Blaubeeren ist mir vergangen.“

(Mitteilung des Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft)

2. Eine Bürgerinitiative setzt sich durch – Rückblick in Thomsdorf

1997 wurde der Verein „Aufbruch Carwitz / Thomsdorf e.V., Bürgerinitiative gegen Kiesabbau und Deponien“ von engagierten Bürgern unterschiedlichster politischer und konfessioneller Auffassungen gegründet.

Anlass dafür war die bekannt gewordene Absicht eines privaten Investors, auf einer Fläche von ca. 200 ha zwischen den Dörfern Carwitz (Mecklenburg – Strelitz) und Thomsdorf (Uckermark) Kies abzubauen.

Das Kiesfeld liegt in den Naturparks Uckermärker und Feldberger Seenlandschaft.

Die zum Teil noch ursprüngliche Natur mit herrlichen Klarwasserseen, stillen Buchenwäldern und einer artenreichen Flora und Fauna ist über die Landesgrenzen hinaus als attraktives Touristenziel bekannt.

Vor diesem Hintergrund begann die Bürgerinitiative zunächst mit einer **breit angelegten Öffentlichkeitsarbeit** in Presse, Rundfunk und Fernsehen, um möglichst viele Bürger der betroffenen Region über den Kiesabbau und seine Konsequenzen zu informieren.

Unter dem Leitgedanken „Kein Kiesabbau! Keine Deponien!“ fanden u.a. diverse Informationsveranstaltungen, Sommerfeste und ein ökumenischer Gottesdienst auf dem Gelände statt; Wanderungen wurden im Umfeld der geplanten Kiesgrube durchgeführt und eine Unterschriftensammlung mit 15 000 Unterschriften ergänzten die Aktivitäten.

Eine weitere Maßnahme war 2001 die Errichtung eines Findlingsgartens auf dem Kiesfeld.

Damit wurde ein weiteres Zeichen des Widerstandes gesetzt, aber gleichzeitig auch ein Beitrag zur Erweiterung des touristischen Angebots geleistet.

Die entscheidenden Schritte zur endgültigen Verhinderung des Kiesabbaus konnten dann 2005 und 2007 vollzogen werden.

Eine mit der Bürgerinitiative liierte Bietergemeinschaft ersteigerte in den Amtsgerichten Neustrelitz und Neuruppin den Carwitzer und den Thomsdorfer Teil des Bergwerkeigentums.

In den Satzungen der zur Verwaltung gegründeten Miteigentümergeinschaften ist die dauerhafte Verhinderung von Kiesabbau und daraus folgenden Deponien festgeschrieben.

Unser über 10 Jahre mit hohem persönlichen Einsatz und immensem Zeitaufwand verfolgtes Ziel, die Zerstörung von Natur und Landschaft zu verhindern, war damit erreicht.

Ein Ergebnis, das allerdings nur zustande kam, weil das entscheidende Problem, die Beschaffung der finanziellen Mittel zum Kauf, gelöst werden konnte.

Dabei halfen uns die Spenden vieler Bürger, mehrerer regionaler Betriebe, Fördervereine und der evangelischen Kirchgemeinde.

Entscheidende Unterstützung erhielten wir von Bingo – der Umweltlotterie, von der Landesregierung Mecklenburg – Vorpommerns und von den Kommunen.

Allen gebührt auch an dieser Stelle Dank und Anerkennung.

Klaus Schuhbauer

„Aufbruch Carwitz/Thomsdorf e.V., Bürgerinitiative gegen Kiesabbau und Deponien“

3. Liebschützberg vorerst gerettet

Guten Tag Herr Wieland,

es gibt gute Nachrichten aus Cavertitz!

Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass beide Steinbruchvorhaben der Basalt AG – Cavertitz und Liebschützberg – seit gestern vom Tisch sind.

Die aktuelle Entwicklung können Sie auf unserer Homepage

www.bi-gesteinsabbau-cavertitz.de

unter der Rubrik "Echo" und auf der Startseite verfolgen.

Hier ein Auszug aus einem Artikel der Torgauer Zeitung vom 26.01.2010:

„Sie haben gewonnen“

Torgau (TZ). Der Vorsitzende des Sächsischen Petitionsausschusses, Tino Günther (FDP), hat am Sonntag in Wellerswalde bei Oschatz persönlich die schriftliche Antwort auf eine Massenpetition der Bürgerinitiativen gegen die Steinbruchvorhaben am Liebschützberg und am Cavertitzer Berg überbracht. Im Beisein zahlreicher Bürgerinnen und Bürger, des Staatsministers für Umwelt und Landwirtschaft Frank Kupfer (CDU), des Bundestagsabgeordneten Manfred Kolbe (CDU) sowie der Bürgermeister betroffener Gemeinden zitierte er aus der Bekanntmachung des Sächsischen Landtages: „Der Petition wird abgeholfen. Durch die Aufhebung der beiden Bergbauberechtigungen in Cavertitz und Liebschütz konnte dem Anliegen der Bürgerinitiativen entsprochen werden.“ Und er endete mit dem im Jubel der Anwesenden untergehenden Satz „Sie haben gewonnen!“

Sowohl Frank Kupfer als auch Manfred Kolbe erteten an diesem Sonntagnachmittag sehr viel Lob für ihr jahrelanges konsequentes Eintreten gegen die Abbaupläne und ihr unbeirrbares Engagement im Sinne der Bürgerinitiativen. Minister Kupfer plädierte für die Beibehaltung solcher Veranstaltungen wie dem Osterfeuer und dem Mühlenfest auf dem Liebschützberg.

[Anmerkung der Red: so sehr ich mich über den Politikereinsatz für die Belange der Bürger freue, bleibt dennoch ein Rest an Missetrauen: Was nützt ein noch so engagiertes Streiten für Naturschutz und Schutz der Anwohner, wenn doch das Bundesberggesetz an

vielen anderen Stellen den Raubbau erst ermöglicht hat? Ich würde mich freuen, wenn Herr Kolbe auch im Bundestag auf Seite der Bürgerinitiativen steht, wenn es um die Abschaffung des Bundesberggesetzes geht. Jedenfalls werden wir uns diesen Einsatz gut merken und wünschen auch anderen Bürgerinitiativen ein gutes Händchen beim Ankreuzeln de Wahlzettel.]

Kathrin König und Udo Czapowski von den Bürgerinitiativen dankten allen Aktiven für die große Unterstützung im Kampf gegen die Vorhaben. „Sollte irgendwann einmal wieder jemand solche Abbaupläne hegen, sind wir gern wieder mit im Ring“, sagte Kathrin König, die kurz zuvor alle Besucher eines Benefizkonzertes in der Wellerswalder Kirche für die Verschönerung und Pflege der bedrohten Landstriche ins Gasthaus „Zur Einkehr“ Wellerswalde eingeladen hatte. Der historische Tag wurde anschließend von den überglücklichen Mitgliedern der Bürgerinitiativen und anderen Aktiven bei Sekt, Freibier und Schnittchen gebührend gefeiert.“

Und an unsere Adresse gab es freundliche Worte:

„Wir möchten uns an dieser Stelle herzlich für Ihre Hilfe und Unterstützung bedanken. Fast auf den Tag genau vor zwei Jahren haben wir in Cavertitz angefangen und nicht locker gelassen. Dank Ihrer anfangs gegebenen sehr wertvollen Hinweise konnten wir fast alle Lokalpolitiker und einen Großteil der Bevölkerung hinter uns versammeln, was sicherlich dazu beigetragen hat, dass die Basalt AG nun ihre Anträge zurückgezogen hat.

Wir hoffen, dass davon ein Signal der Ermutigung für ähnliche Fälle in Sachsen und Ostdeutschland ausgeht.

...
Mit freundlichen Grüßen,

Thomas Barth
i.A. Bürgerinitiative gegen Gesteinsabbau Cavertitz/Laas

--
Bürgerinitiative gegen Gesteinsabbau
Cavertitz/Laas
Tel.: 034363-5 06 75
Mail: gesteinsabbau@gmx.de

Homepage: www.bi-gesteinsabbau-cavertitz.de

Und auf Nachfrage:

Hallo Herr Wieland,

vielen Dank für die Glückwünsche. Wir sind sehr froh und hoffen, dass von diesem Erfolg auch ein Stück Ermutigung für andere Initiativen ausgeht.

Mit Details zu dem Rückzug der Basalt AG können wir leider nicht dienen, da sich Herr SM, das Oberbergamt und das Unternehmen über die Gründe des Rückzugs äußerst bedeckt halten. Man hat sich wohl nach außen hin auf die Version geeinigt, dass ein Abbau hier wirtschaftlich nicht sinnvoll ist.

Wir als BI haben bis jetzt noch nichts schwarz auf weiß und wissen nur so viel: Die Basalt AG hat den Widerruf des Bergwerkseigentums beim OBA Freiberg selbst beantragt, und letzteres hat dem stattgegeben. So müsste ab jetzt das bundesdeutsche Bergrecht gelten, es gibt also keine Gefahr mehr von irgendwelchen Ausnahmeregelungen, Fristverlängerungen, Aufschieben etc.

Gerüchte besagen allerdings, dass die Basalt AG Ausgleichs- d.h. Erweiterungsflächen im Vogtland bekommen hat. Wir haben mehrmals versucht herauszubekommen, wo das sein könnte, doch leider erfolglos.

Um die wichtigen Sachen Regionalplan, Flächennutzungsplan der Gemeinde etc. müssen wir uns jetzt kümmern.

Die BIs Liebschützberg und Cavertitz lösen sich also vorerst nicht auf, sondern bleiben weiter an dem Thema (und generell am Umweltschutz) dran.

Soviel in Kürze für heute. Mehr dann im Artikel. Wenn Sie diesbezüglich Fragen oder Wünsche haben, bitte mailen Sie uns kurz.

Mit freundlichen Grüßen,

Thomas Barth
i.A. BI gegen Gesteinsabbau Cavertitz/Laas



40-Tonner-LKW beim Straßenbau, hier bei Ronneburg, gehören nicht auf Dorfstraßen! Mit einer Tonnagebegrenzung, insbesondere bei maroden Brücken lässt sich das oft verhindern.

4. Goldrausch auf 144 Quadratkilometer

EL SALVADOR: Korb für die Bergbaukonzerne - Vergabe neuer Lizenzen nicht geplant

Von Edgardo Ayala

Quelle: Inter Press Service

<http://www.ipsnews.de/area.php?key=EN>
29.01.2010

San Salvador, 29. Januar (IPS) - In El Salvador hat die linke Regierung von Präsident Mauricio Funes die Hoffnungen internationaler Bergbaukonzerne auf weitere Förderlizenzen zunichte gemacht. Es werde keine neuen Genehmigungen für die Ausbeutung der Bodenschätze geben, versicherte der seit Juni amtierende Staatschef.

"Um allen Missverständnissen vorzubeugen, meine Regierung wird keine neuen Bergbauprojekte bewilligen, sagte Funes, ein ehemaliger Guerillaführer und Chef der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí, unlängst in der Ortschaft Sesuntepeque 70 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt San Salvador. Darüber hinaus kündigte er die Untersuchung von Morden an drei Bergbaugegnern im letzten Jahr an.

Bei den Opfern handelt es sich um Marcelo Rivera, Ramiro Rivera und Dora Alicia Sorto, Umweltaktivisten und erklärte Gegner der Aktivitäten von 'Pacific Rim El Salvador', einer Niederlassung der kanadischen Bergbaufirma 'Pacific Rim Mining Corporation' (PacRim). Alle drei waren zwischen Juni und Dezember 2009 in Cabanas umgebracht worden. Im dem zentralen Departement baut PacRim seit 2002 Gold und Silber ab. Lediglich im Fall Marcelo Rivera konnten bisher Verdächtige festgenommen werden. Die vier werden im Februar vor Gericht gestellt.

Nach Ansicht von Héctor Berríos, Anwalt und Mitglied der 'Mesa Nacional Frente la Minería Metálica', einer Organisation gegen die Rohstoffausbeutung in der Region, stehen die Morde in direktem Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die Aktivitäten von PacRim. Die Anschuldigung wurde von der Unternehmensleitung im kanadischen Vancouver in einer Stellungnahme Anfang Januar entschieden zurückgewiesen.

Die Opfer waren Teilnehmer einer breit angelegten Kampagne, die dazu führte, dass die salvadorianischen Behörden dem Bergbauunternehmen 2008 die Genehmigung für die Gold- und Silberproduktion in der Mine El Dorado 65 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt San Salvador entzogen. PacRim fordert seither 700 Millionen Dollar Schadensersatz.

Sorge um Gesundheit wächst

Umstritten ist die Gold- und Silberproduktion vor allem wegen ihrer Auswirkungen auf Nahrungsmittelproduktion, Gesundheit und Wasserversorgung. So werden bei den Produktionsprozessen Antimon, Arsen, Blei, Chrom, Kadmium, Kupfer, Quecksilber, Selen und Schwefelsäure freigesetzt, mit hochgiftiger Zyanidlauge Edelmetalle aus dem Gestein gelöst.

Die Anwohner und Gegner der Mine, die sich zur Vereinigung der Freunde von San-Isidro-Cabañas zusammengeschlossen haben, fürchten vor allem um die regionale Wasserversorgung. Es sei zu befürchten, dass die unterirdischen Reserven, aus denen die Menschen ihr Wasser bezögen, durch die giftigen Rückstände der Goldproduktion verseucht würden. "**Wir haben nichts gegen den Bergbau, sondern gegen die Schäden, die er verursacht**", sagte der Umweltaktivist Francisco Pineda. "Einen grünen Bergbau gibt es nicht."

Milliardengeschäft Goldbergbau

Lange Zeit spielte der Bergbau in El Salvador eine eher untergeordnete Rolle. Nach Angaben der Salvadorianischen Zentralbank erwirtschaftete der Sektor einschließlich der Erdölindustrie 2006 gerade einmal 32,7 Millionen US-Dollar des salvadorianischen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 18,6 Milliarden Dollar. Danach wurden jedoch 29 Explorationsvorhaben genehmigt. Die Nutznießer, allesamt ausländische Konzerne, bemühen sich nun um die Förderlizenzen. Mit der Absage an PacRim sind praktisch alle Vorhaben zum Erliegen gekommen.

Im Dezember 2008 veröffentlichten Florian Erzinger, Luis Gonzales und Angel M. Ibarra ihr Buch 'Die dunkle Seite des Goldes, Auswirkungen des Bergbaus in El Salvador', in dem sie die ökologischen Kosten berechnen, die mit der Umsetzung der 25 Projekte einhergehen würden. So wären 22 Millionen Liter Wasser und 950 Tonnen Zyanid erforderlich, um zwölf Millionen Unzen Gold und 78 Unzen Silber zu produzieren. Die Unze Gold wird derzeit auf dem Weltmarkt für sagenhafte 1.100 US-Dollar gehandelt.

Die 28 Millionen Dollar, die PacRim 2006 in die 144 Quadratkilometer große Mine El Dorado investierte, haben sich längst amortisiert. Der Multi konnte dort 1,2 Millionen Unzen Gold und 7,4 Millionen Unzen Silber zutage fördern.

(IPS/mz/kb/2010)

5. Kein Uranbergbau im Alentejo - Portugals radioaktives Erbe

Stadt verzichtet auf Uran-Millionen

http://www.gruenes-blatt.de/index.php/2009-03:Kein_Uranbergbau_im_Alentejo_-_Portugals_radioaktives_Erbe

Grünes Blatt - 17.11.2009

Weidende Schafe und Ziegen unter Korkeichen und unter silbrig in der Sonne glänzenden Olivenhainen; Gärten voller Orangen- und Mandarinenbäume; sanft gurgelnde, klare Bäche; duftende Rauchwürste, Schinken und der berühmte Käse von Nisa: Die Landschaft rund um das mittelalterliche Städtchen gleichen Namens in Portugal ist reich an Tradition und gutem Geschmack. Und das wollen die Menschen von Nisa im Norden des Alentejo für keinen Preis aufgeben, schon gar nicht für den Uranbergbau.

Portugal ist eines der Länder mit der längsten Uranausbeutungsgeschichte. Bereits vor genau 100 Jahren, 1909, wurde hier die erste Lizenz für den Abbau des gelben, radioaktiven Schwermetalls vergeben. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging portugiesisches Uranoxid sowohl an die britische als auch an die US-amerikanische Nuklearindustrie und die Atombombenentwickler. Bis 1991 wurden 62 Minen, die meisten in Zentralportugal, ausgebeutet. Seitdem stockte der Uranbergbau vornehmlich aufgrund des eingebrochenen Weltmarktpreises. Doch mit dem Ansteigen der Nachfrage nach neuem Kernbrennstoff und dem Anziehen der Preise hängt seit 1998 das Damoklesschwert des radioaktiven Bergbaus über den rund 3.600 Einwohnern von Nisa. Denn in nur rund zwei Kilometern Entfernung von den Stadtgrenzen liegen die 1959 entdeckten größten noch nicht gehobenen Uranvorkommen Portugals. 60 Prozent des gesamten Uranerzes des Alto Alentejo liegen hier, über sechs Millionen Tonnen, woraus sich etwa 650 Tonnen Uranoxid gewinnen lassen.

Die Verdreifachung des Weltmarktpreises von Uranoxid (U308) zwischen 2000 und 2003 auf rund 66 Euro pro Kilogramm lockte schließlich internationale Konzerne auf den Plan. Nisas Uranvorkommen bekamen einen Wert von mehr als 43 Millionen Euro, bei geschätzten Gesamtinvestitionen von nur fünf Millionen Euro. Eine lohrende Rendite! Iberian Resources, die Gruppe Rio Narcea sowie zwei weitere Minenbetreiber stehen seitdem Schlange um eine Explorationslizenz. Doch noch bevor die portugiesische Regierung entschied, reagierten die Bürger von Nisa. Zusammen mit Vertretern der lokalen Wirtschaft gründeten sie die Anti-Uranberg-Baubewegung MUNN (Movimento Urânio em Nisa Não).

2008 sprachen sich schließlich auch Stadtrat und Gemeindeversammlung klar gegen die Ausbeutung des Uranerzes im Landkreis aus. Stadt und Gemeinde würden sich jeglichen Uranbergbauplänen von Regierung und Nuklearindustrie entgegenstellen. Nisas lokale Wirtschaft basiere auf seiner historisch reichhaltigen Kulturlandschaft und auf der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen wie dem berühmten Schaf- und Ziegenmilch-Käse von Nisa und den Thermalquellen. "Radioaktiver Uranbergbau jedoch lässt sich kaum mit einer qualitätsvollen, zertifizierten Nahrungsmittelproduktion und Gesundheits- und Kulturtourismus vereinbaren", erklärt Nisas Stadtratspräsidentin Gabriela Tsukamoto.

Allein das neue in diesem Jahr eröffnete Thermalzentrum Nisas garantiere rund 100 dauerhafte, gesunde Arbeitsplätze. Die Uranmine würde hingegen lediglich 70 Jobs schaffen, und das auch nur für eine Dauer von vielleicht sechs bis maximal zehn Jahren. Der Uranbergbau habe aber nicht nur lokal negative Folgen, warnt Gabriela Tsukamoto. Durch den Tagebau entstehe radioaktiver Staub, den die Winde über die Landkreisgrenzen hinweg trügen. Und verseuchte Abwässer könnten den Fluss Tejo belasten, den Namenspatron der geschichtsträchtigen Region Alentejo. "Nisas Uranmine wäre ein Projekt mit einer geschätzten Lebensdauer von sechs bis acht Jahren, das aber über Jahrzehnte gravierende Konsequenzen nach sich zieht", so António Eloy, Nuklearexperte der portugiesischen Anti-Atom-Bewegung "Movimento Não a Opção Nuclear".

Ob im Tagebau oder untertage: jegliche Uranausbeutung habe Umweltschäden zur Folge, so die Lissabonner Umweltingenieurin Cláudia Derboven Sequeira. Laut Internationaler Atomenergieagentur IAEA seien die Abwässer und Abraumhalden der Uranproduktion besonders besorgniserregend, weil sie einen Großteil der Radioaktivität des Erzes beinhalteten sowie eine große Anzahl von Schwermetallen und anderen toxischen Stoffen. Bereits heute hat Portugal mit seinem nuklearen Erbe zu kämpfen. Die von den alten Uranminen verursachten Umweltschäden sind noch nicht annähernd beseitigt. Während der vergangenen rund 100 Jahre hatte Portugal 4000 Tonnen Uran mehrheitlich im Tagebau gewonnen und dabei 7,8 Millionen Kubikmeter Abraum produziert. Die Altlasten - mit Uran, Radium und ihren Zerfallsprodukten kontaminierte Abraumhalden, radioaktive Tagebaugruben und Schächte, Abwasserbecken und Schlämme - bedrohten Wasserressourcen und die öffentliche Gesundheit, erklärt Cláudia Derboven Sequeira.

Bis heute streiten die ehemaligen Arbeiter der 1991 stillgelegten größten Uranmine Portugals in Urgeiriça bei Viseu um angemessene Entschädigung für die gesundheitlichen Folgen. Vor allem in den ersten Jahrzehnten des Uranbergbaus waren die Arbeitsbedingungen skandalös. 115 der

einst etwa 500 Bergarbeiter seien bereits an Krebs gestorben, so António Minhoto, der selbst in Urgeirica Uranarbeiter war und heute die Umweltschutzgruppe Associação Ambiente em Zonas Uraníferas (AZU) leitet.

Doch nicht nur die Zentralregion Portugals ist von alten Uranminen und möglichen neuen Projekten betroffen. Auch die spanische Nachbarregion des Alentejo, die Extremadura, hat ausbeutbare Vorkommen. 2002 hatte Spanien zwar seinen Uranbergbau offiziell eingestellt, doch Ende 2008 bekamen das kanadische Unternehmen Mawson Resources sowie Berkeley Resources aus Australien die Lizenz zur Uranexploration in der Extremadura bei Cáceres und Salamanca.

Vergangenen September trafen sich deshalb Ex-Minenarbeiter, Nuklearexperten und Umweltschützer aus Portugal und Spanien in Mangualde bei Viseu zur ersten grenzüberschreitenden Konferenz der von Uranvorkommen betroffenen Regionen auf der iberischen Halbinsel. Die erste "Conferência Ibérica das Zonas Uraníferas" endete mit einer Menschenkette vor der ehemaligen Mine Cunha Baixa im Landkreis Mangualde als ein abschließender Protest gegen jegliche neue Uranprojekte auf der iberischen Halbinsel.

Mit dabei war auch die Anti-Uran-Bewegung von Nisa, MUNN, die nicht müde wird, für eine nachhaltige, nicht-radioaktive Entwicklung ihrer Region zu kämpfen. Denn obwohl Stadträte und führende Lokalpolitiker sich bereits deutlich dagegen ausgesprochen haben, ist die Ausbeutung der Uranvorkommen Nisas noch nicht vom Tisch. Die Entscheidung über die Nutzung der radioaktiven Bodenschätze liegt bei der Regierung in Lissabon, und diese hält sich bislang noch alle Optionen offen. Deshalb sei es wichtig, so Nuno Sequeira von der Naturschutzorganisation Quercus, "immer wieder an die Fehler zu erinnern, die bei der vergangenen Uranausbeutung im Zentrum Portugals begangen wurden, an die von Krankheit gezeichneten Familien der Minenarbeiter, an die Umweltschäden und an die gravierenden Folgen, die der Bergbau für Nisa und die Region bringen würde."

Norbert Suchanek

6. Bayer & Co. rüsten auf - Chemiekonzern auf Rohstoffsuche

Quelle:

<http://www.cbgnetwork.org/3326.html>

Den großen Konzernen drohen schon bald die Rohstoffe auszugehen. Darum nehmen sie für die Nachschubsicherung zunehmend auch das Militär in die Pflicht.

Von Jan Pehrke

Erdöl stellt für Bayer & Co. die mit Abstand wichtigste Rohstoffquelle dar.

Über drei Prozent der Jahresproduktion geht an die Chemiebranche. Allein die bundesdeutschen Multis brauchen pro Jahr 14 Millionen Tonnen des Stoffes, dessen Reserven bereits zu rund 40 Prozent ausgeschöpft sind. Der Leverkusener Multi kann seinen Bedarf noch etwa 20 Jahre decken „prognostizieren KonzernstrategInnen, dann dürfte es knapp werden. Deshalb plädieren sie schon mal fürs Umverteilen und fordern, einen größeren Anteil des Rohöls für die chemische Industrie zu verwenden“ statt es - etwa in Heizungen - „einfach zu verfeuern“.

Bereits jetzt führt die Abhängigkeit vom kostbaren Gut zu Kräfteverschiebungen auf dem Weltmarkt. So haben die Förderländer ihre Einnahmen genutzt, um eigene Industrien aufzubauen und so die Wertschöpfungskette zu verlängern. Besonders die in den Vereinigten Arabischen Emiraten ansässige International Petroleum Investment Company (IPIC) entwickelt sich mehr und mehr zu einem ernst zu nehmenden Konkurrenten für die westlichen Unternehmen. Sie hält seit Längerem eine Beteiligung an der österreichischen Firma Borealis und kaufte jüngst den bundesdeutschen Anlagebauer Ferrostal sowie den kanadischen Konzern Novo.

Auch mit Bayer begann die IPIC Verhandlungen.

Für solche „Kooperationen, die einen Zugang zu Rohstoffen ermöglichen würden“, zeigte sich Bayer-Chef Werner Wenning in einem Interview mit der „Börsen-Zeitung“ mehr als offen. Es bleibt ihm auch nicht viel anderes übrig: Als Investoren fürchtet er die arabischen Konzerne zwar nicht, aber: „Etwas anderes ist es, wenn gerade dort, wo billige Rohstoffe verfügbar sind, neue Produktionsstätten aufgebaut werden. Dann entsteht eine neue Wettbewerbssituation“. Und wenn die westlichen Firmen sich dieser nicht mehr so ganz stellen mögen, müssen sie nach dem Motto „If you can't beat them, join them“ („Wenn du sie nicht schlagen kannst, schließe dich ihnen an.“) auf IPIC & Co. zugehen. Das kann für Wenning jedoch nicht alles sein.

„Gleichzeitig müssen wir eine dauerhafte Rohstoffversorgung zu günstigen Preisen sicherstellen“, dekretiert er.

Und das tut die Bundesregierung - auch mit militärischen Mitteln. Die EU-Mission EUFOR im Kongo 2006 verfolgte mitnichten das offiziell angegebene Ziel, den regulären Ablauf der Präsidentschaftswahl zu garantieren. Es ging vielmehr darum, China und den USA beim Kampf um Coltan, Kupfer und Kobalt zuzukommen. Nur sagen durfte man dies nicht, wie der damalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Walther Stützel, in einem Interview mit dem Fernsehsender „Phoenix“ bedauerte. „Im Kongo ist das Problem, dass der Öffentlichkeit von der Bundeskanzlerin nicht gesagt worden ist, worum es ei-

gentlich geht. Das konnte man in Paris sehr deutlich hören.

In Paris hat man gehört, wir können Afrika nicht China und den Vereinigten Staaten überlassen, Punkt (...) Da man das aber eigentlich nicht sagen wollte, hat man dann die Erfindung mit der Wahl gemacht“, plauderte Stütze aus dem Nähkästchen.

Gegenwärtig ist die Bundeswehr östlich des Kongo, am Horn von Afrika, aktiv.

Im Rahmen der >Operation Enduring Freedom< schützt sie dort unter anderem die vom Persischen Golf durch den Suezkanal nach Europa verlaufende Ölroute vor Piraten. Und auch am Hindukusch wird die Ressourcensicherheit der Konzerne verteidigt: Afghanistan müsse man ebenfalls im energiepolitischen Kontext sehen, sagte Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) in trauter Runde mit Wenning und anderen deutschen ManagerInnen am Rande des Davoser Weltwirtschaftsgipfels. Der Menschenrechtskontext ist dagegen nur etwas für die Galerie, wie der Verteidigungsminister in einem Interview laut der >taz< einmal frank und frei bekannte: „Wir haben Gründe nachgeschoben, um in schwierigen Momenten auch mal die Anerkennung unserer Bevölkerung zu bekommen.“

Der Autor gehört dem Vorstand der Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. an.

7. Neue Runde im Kampf gegen den Kiesabbau bei Görlitz

7a Bürgerinitiative in Hagenwerder gegründet

„Kein Kiesabbau am Berzdorfer See!“ - Darin waren sich die rund 70 Teilnehmer der Veranstaltung „Kiesabbau – Nein Danke“ am Abend des 02.06.10 in den Räumen des Interessenvereins Wohnpark Hagenwerder e.V. einig. Und unter diesem Motto gründete sich im Ergebnis eine Bürgerinitiative.

Die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte zu einem Diskussionsabend nach Görlitz/Hagenwerder eingeladen. Auf dem Programm standen die Vorführung des Films „Wer anderen eine Grube gräbt ...“ und eine anschließende Podiumsdiskussion zum geltenden deutschen Bergrecht.

Das Podium bildeten Stephan Kühn, Mitglied des Bundestages, Elisabeth Bartel, Interessenverein Wohnpark Hagenwerder, Ulrich Wieland, Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V. und Prof. Dr. Joachim Schulze, Grüner Stadtrat und Mitglied im Planungsverband Berzdorfer See. Die Moderation des Abends hatte Astrid Günther-

Schmidt, Vorsitzende der Bürgerinitiative „KEIN Giftmüll auf dem Eigen!“, übernommen.

Der halbstündige Film erlaubte einen guten Einstieg in die schwierige Materie des bundesdeutschen Bergrechts, unter welches auch der geplante Kiesabbau zwischen Hagenwerder und Weinhübel fällt. Machte er doch die schwerwiegenden Mängel des Gesetzes deutlich. Es stammt aus den Dreißiger und Vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts und wurde in den Achtziger Jahren lediglich unwesentlich novelliert. Mit der Konsequenz, dass die Rechte der Betroffenen, wenn es ums Bergrecht, wie beim Kiesabbau, geht, weiterhin massiv eingeschränkt werden.

Welche Auswirkungen das im konkreten Fall des geplanten Kiesabbaus zwischen Hagenwerder und Weinhübel hat, wurde in der Diskussion deutlich. Stephan Kühn und Elisabeth Barthel führten in die Problematik ein. Sogar die IHK Dresden, so der Bundestagsabgeordnete Kühn, zweifelt an der Notwendigkeit des Aufschlusses. So sei der Bedarf an Baukiesen gegenwärtig mehr als gedeckt.

„Wir waren letztes Jahr sehr überrascht, als wir eher zufällig erfahren haben, dass bei uns ein großes Kiesabbaugebiet geplant ist“, erklärte Elisabeth Barthel, die seitdem den Protest in und um Hagenwerder organisiert.

Das zu Jahresbeginn abgeschlossene Raumordnungsverfahren der Landesdirektion Dresden hat der Kiesgewinnung, wenn auch unter Auflagen, zugestimmt. „Der Ausschluß eines großen Teils der begehrten Flächen fürs Planfeststellungsverfahren ist auch unser Erfolg“, ist sich Frau Barthel sicher. Allerdings blieben immer noch fast 15 ha für das geplante Vorhaben übrig.

Die Einwendungen bezogen sich insbesondere auf die Einschränkungen der touristischen Nutzung am Berzdorfer See, Umwelt- und Naturschutz, Gewässerschutz, Lärm- u. Staubschutz und der optischen Beeinträchtigung der Nutzer des unmittelbar vorbeiführenden Weißeradweges.

Auf letzteres, auf den Vorrang von Erholung am See und der deutlichen Störung bei der Entwicklung von Freizeitkultur im denkmalgeschützten Ort Deutsch-Ossig machte Joachim Schulze aufmerksam. „Im Planungsverband Berzdorfer See haben die Menschen in Hagenwerder einen zuverlässigen Unterstützer“, so der Grüne Stadtrat. Die rechtliche Brisanz der Entscheidung der Landesdirektion unterstrich Ulrich Wieland mit seinen Ausführungen: „Der Widerstand gegen den geplanten Kiesabbau kann sich über Jahre hinziehen. Wenn sich aber alle Bürger einig sind in ihrem Protest, gibt es vielfältige Möglichkeiten, sich zu engagieren.“

Die Verhinderung des Kiesabbaus auf den Weißerwiesen wird also möglicherweise, sollte das Un-

ternehmen auf seinem Vorhaben bestehen, auf dem Weg einer Klage beim Verwaltungsgericht erreicht werden können. Dies war die Botschaft, die Ulrich Wieland aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen in der BI-Arbeit übermitteln konnte.

Allerdings: ein Klagerecht haben unter den Bedingungen des Bergrechts nur einzelne unmittelbar Betroffene oder Verbände, wie z. B. die Grüne Liga. Dieser Weg ist langwierig und bedarf dann kompetenter anwaltlicher Unterstützung.

Am Ende der Veranstaltung rief Astrid Günther-Schmidt die Anwesenden zur Gründung einer Bürgerinitiative auf. Die große Mehrheit erklärte sich per Handzeichen zur Mitarbeit bereit. Eine erste Arbeitssitzung wird es noch im Juni geben, in deren Folge die BI der Grünen Liga Sachsen beitreten wird, um das Verbandsklagerecht zu erhalten.

„Damit haben wir dann die rechtlichen Rahmen geschaffen, um im Fall der Fälle alle Möglichkeiten gegen den Kiesabbau zwischen Hagenwerder und Weinhübel ausschöpfen zu können“, so Astrid Günther-Schmidt

Gottfried Semmling

7b Novellierung des Bergrechts angestrebt

Quelle : <http://alles-lausitz.de/2010/06/neuerunde-im-kampf-gegen-den-kiesabbau/>

von Frank-Uwe Michel – 5.06.2010; redaktionell bearbeitet

Lange Zeit schien Ruhe zu herrschen rund um den geplanten Kiesabbau in Hagenwerder. Nun allerdings machten die Anwohner erneut mobil. Am Mittwoch gründete sich eine Bürgerinitiative, die den Neuaufschluss eines Tagebaus der Firma HEIM Niederschlesische Kieswerke in unmittelbarer Nähe des Berzdorfer Sees verhindern will.

...



Postkarten mit einer Petition gegen den von der Firma HEIM Niederschlesische Kieswerke geplanten Neuaufschluss eines Kiestagebaus zwischen Hagenwerder und Görlitz werden jetzt an verschiedene Behörden und Entscheidungsträger verschickt. Elisabeth Barthel präsentiert eine davon.

„Wir werden uns auf jeden Fall straffer organisieren. Und wir hoffen darauf, dass die Firma HEIM – auch gedrängt durch unser Engagement – die Finger von einer Kiesgrube zwischen Hagenwerder und Görlitz lässt“, so Elisabeth Barthel, die zu den Initiatoren des Kampfes gegen den Neuaufschluss gehört. Mit der auf der Rückseite einer Postkarte abgedruckten Petition, die an die Landesdirektion Dresden, das Landratsamt und weitere Entscheidungsträger geschickt werden soll, will man auf das Vorhaben des Unternehmens aufmerksam machen und die Empfänger sensibilisieren, „welche Fehlentscheidung eine Genehmigung wäre“, so Elisabeth Barthel.

Bereits im Februar dieses Jahres hatten sich die Einwohner von Hagenwerder mit Plakaten und Informationsveranstaltungen gegen das Kiesprojekt zur Wehr gesetzt. Mit Erfolg, denn die Reihen der Gegner schlossen sich, auch Parteienvertreter sprangen mit ins „Boot“, die Stadt Görlitz äußerte ihr Unverständnis über das Ansinnen des in Quitzdorf am See ansässigen Unternehmens und es hagelte Bürgerproteste. Seitdem haben sich vor allem Linke und Grüne engagiert. Während die Linken einen Kopierer zur Verfügung stellten, ließen die Grünen mehrere „kleine Anfragen“ zum Thema im sächsischen Landtag los.

Im Sächsischen Oberbergamt Freiberg, der zuständigen Stelle für den bergrechtlichen Rahmenbetriebsplan, kennt man den aktuellen Stand zum neuen Projekt der HEIM Niederschlesische Kieswerke. Abteilungsleiter Martin Herrmann: „Der geplante Neuaufschluss eines Kiestagebaus für die Lagerstätte Berzdorf-Ost bedarf auf jeden Fall einer bergrechtlichen Planfeststellung des Rahmenbetriebsplanes. Ein derartiger Antrag ist bisher im Oberbergamt nicht eingegangen. Das Unternehmen hat jedoch im April 2010 mit unserer Behörde Vorgespräche zu den Verfahrensmodalitäten und dem Umfang der Antragsunterlagen ge-

führt.“ Eine gesetzliche Frist für das Einreichen derartiger Unterlagen bestehe nicht.

„Dies ist eine unternehmerische Entscheidung, auf die das Oberbergamt keinen Einfluss hat. Allerdings verliert eine raumordnerische Beurteilung nach zehn Jahren ihre Gültigkeit. Sollte innerhalb dieser Frist keine Zulassung des Kiessandtagebaus erfolgt sein, müsste für ein Abbauvorhaben ein erneutes Raumordnungsverfahren durchgeführt werden“, erläutert der Freiberger Experte.

Unterdessen wurde bekannt, dass HEIM einige der Flächen rund um die bestehende Kiesgrube aufkaufen will. Nach Informationen des „Niederschlesischer Kurier“ ist sich das Unternehmen mit einer in Hagenwerder wohnenden Familie bereits handelseinig geworden. Die Vertragsunterzeichnung zum Verkauf der direkt neben dem Grenzübergang nach Polen befindlichen Fläche, zu der auch das Areal des früheren Hartplatzes gehört, steht offenbar unmittelbar bevor. Ob es derartige Bestrebungen auch in Richtung Leuba gibt, ist derzeit nicht bekannt. In der Stadtverwaltung Ostritz, die auch für Leuba zuständig ist, weiß man jedenfalls nichts davon. Auf städtische Grundstücke treffe dies nicht zu, so die Information aus dem Rathaus der Neißestad.

Für private Flächen, an denen die Kommune ein Vorkaufsrecht besitze, habe noch niemand angefragt. Allerdings ist das betreffende Areal eigentumsmäßig stark zerstückelt. Etwa 20 Besitzer, darunter auch das Kloster Marienthal, teilen sich die Flächen. Auch in Sachen Grubenerweiterung ist das Sächsische Oberbergamt jedoch bestens informiert. Martin Herr-

mann: „Die bestehende Kiesgrube der Firma HEIM arbeitet zurzeit auf der Grundlage eines bergrechtlichen Hauptbetriebsplanes und mehrerer wasserrechtlicher Genehmigungen bzw. Erlaubnisse. Arbeiten zur Wiedernutzbarma-

chung in Form der Verfüllung des Kiesees sind durch einen Abschlussbetriebsplan zugelassen.“

Allerdings werde durch das Unternehmen eine Erweiterung des Kiesabbaus erwogen, was jedoch einer weiteren Zulassung bedürfe, die aktuell noch nicht beantragt sei. „Umfang und genehmigungsrechtliche Rahmenbedingungen einer derartigen Erweiterung können deshalb aus unserer Sicht nicht genauer abgeschätzt werden.“ Von der HEIM-Gruppe selbst war bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe keine Auskunft zu erhalten. Anrufe in der Ulmer Zentrale blieben ebenso erfolglos wie in Quitzdorf am See, wo die HEIM Niederschlesische Kieswerke, zu der auch die Grube Hagenwerder gehört, ihren Sitz haben.

Zumindest ließ Wieland Barthel, der verantwortliche Mann vor Ort verlauten, dass man am Telefon nichts sagen werde, da es in der Vergangenheit zu oft zu Falschdeutungen der Presse gekommen sei. Fragen würden – wenn überhaupt – nur per e-Mail beantwortet. Dies hatte der „Niederschlesischer Kurier“ jedoch auch im Februar schon versucht, als es darum ging, den geplanten Neuaufschluss des Unternehmens öffentlich zu machen. Antworten gab es bis heute nicht.“



Wird man auf dem Neißeradweg zukünftig unmittelbar durch eine solche Mondlandschaft fahren? Die neu gegründete Bürgerinitiative wird alles tun, um das zu verhindern